

Ressort: Finanzen

Bericht: Bundestag sollte bei Handelsabkommen der EU mitreden

Berlin/Brüssel, 16.01.2016, 10:34 Uhr

GDN - Der Bundestag sollte bei sogenannten gemischten Handelsabkommen der EU, bei denen auch Deutschland Vertragspartner wird, mitreden können. Bei einer Anhörung im Rechtsausschuss hätten alle sechs Hochschulgelehrten die Auffassung vertreten, dass das Parlament bei solchen Verträgen mitwirken müsse, berichtet das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel".

Hintergrund sei ein Streit zwischen Bundestag und Regierung über die Zustimmung der Abgeordneten zu Handelsverträgen der EU. Konkret gehe es um ein Abkommen mit Westafrika, das derzeit in Brüssel verhandelt wird, berichtet das der "Spiegel". Die Bundesregierung, angeführt vom Justizministerium, sei demnach der Auffassung, es sei keine nationale Gesetzgebung berührt, deshalb reiche ein Kabinettsbeschluss aus. Der SPD-Entwicklungsexperte Sascha Raabe hatte dagegen immer wieder auf eine Beteiligung des Parlaments gedrängt. Nach dem Votum der Wissenschaftler im Rechtsausschuss sagte Raabe laut "Spiegel": "Das hat jetzt auch für andere Handelsabkommen eine Bedeutung." Sollte die Bundesregierung bei ihrer Auffassung bleiben, drohe ein Gang zum Bundesverfassungsgericht.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-66193/bericht-bundestag-sollte-bei-handelsabkommen-der-eu-mitreden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619